Hasan Piker: Die Rückkehr des Sozialismus in den USA?

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Richard Wolff (RW): Herzlich willkommen, liebe Freunde, zu einer weiteren Ausgabe von Economic Update, einer wöchentlichen Sendung, die sich den wirtschaftlichen Aspekten unseres Lebens und dem unserer Kinder widmet. Ich bin Ihr Moderator, Richard Wolff. Heute haben wir eine Sondersendung, die sich ein wenig von unserem üblichen Format unterscheidet. Die gesamte halbe Stunde ist einem Gespräch gewidmet, das ich erst kürzlich mit Hasan Piker geführt habe, der im Internet als Hasan Abi bekannt ist. Er ist ein türkisch-amerikanischer politischer Kommentator und Live-Streamer, der sich in den digitalen Medien zu einer prominenten sozialistischen Stimme entwickelt hat. Er wurde in New Jersey geboren und wuchs in der Türkei auf. Seine Medienkarriere begann er bei The Young Turks, wo er als Moderator und Produzent tätig war. Im Jahr 2018 begann er auf Twitch zu streamen und verließ das Netzwerk im Jahr 2020, um sich ganz dem Streaming zu widmen. Seine Sendungen verbinden politische Analysen, internationale Nachrichten, kulturelle Kommentare und Gaming und führen ein jüngeres Publikum an Debatten über Kapitalismus, Ungleichheit und politische Macht heran. Über seine Tätigkeit als Streamer hinaus unterstützt Piker die Democratic Socialists of America (DSA) und hat dazu beigetragen, die Aufmerksamkeit auf sozialistische und progressive Wahlkampagnen zu lenken, insbesondere in Michigan und New York, indem er sein Online-Publikum mit der Arbeit der Organisation und ihren gewählten Vertretern in Verbindung brachte.

Ich möchte ohne Umschweife zum Thema kommen. Nutzen Sie die Gelegenheit, etwas Zeit mit uns zu verbringen. Und natürlich möchte ich angesichts der aktuellen Lage von Ihnen erfahren, wie Sie – wie wir alle – auf diese Zwischenwahlen und deren Ergebnisse reagieren. Ich habe konkrete Fragen, aber zunächst möchte ich Ihre allgemeine Einschätzung der Lage in diesem Land zum jetzigen Zeitpunkt hören. Was bedeutet das?

Hasan Piker (HP): Als Sozialist habe ich dazu eine interessante Perspektive. Ich habe den Eindruck, dass der liberale bürgerliche Wahlkampf einer faschistischen Koalition, die sich in Amerika bildet, keine nennenswerten Hindernisse in den Weg legen sollte. Und diese

Koalition hat sich zweifellos mit der Trump-Bewegung und dem Trumpismus im weiteren Sinne als internationale Bewegung herausgebildet. Doch wir haben tatsächlich erlebt, wie Wahlen weltweit autoritäre Formationen wirksam zurückgedrängt haben – bei Viktor Orbán, bei der Niederlage von Flávio Bolsonaro durch die Lula-Bewegung und nun bei dieser spektakulären Abfuhr für den Trumpismus hier in Amerika, die die Menschen bei den Zwischenwahlen als „Bluenami", als „blauen Tsunami", bezeichneten. Es fühlt sich gewissermaßen so an, als gäbe es ein echtes Mandat des Volkes, das die Menschen den oppositionellen Kräften in diesem Land erteilt haben. Daher bin ich ein wenig überrascht, aber angenehm überrascht über die Ergebnisse vom 3. November.

RW: Lassen Sie mich auf einen Punkt eingehen, der mich einfach fasziniert – aufgrund unseres Altersunterschieds, denn ich bin älter, Sie sind jünger, und Sie stehen gerade am Anfang dieses Wandels in der Sichtweise, während ich an einem anderen Punkt in diese Geschichte eingestiegen bin. Dazu möchte ich Sie fragen: Als ich mich für den Sozialismus zu interessieren begann, war das Erste, woran ich mich erinnere, dass ich nicht darüber sprechen durfte. Ich bin hier in den USA, ich bin ein junger Mensch, der die Highschool besucht und studiert – man darf dieses Wort nicht aussprechen. Man darf nicht darüber sprechen. Über den Kapitalismus darf man sprechen. Jeder, der so redet, ist bereits verdächtig, noch bevor man überhaupt dazu kommt. Heute ist das ganz anders. Es unterscheidet sich so sehr, dass Sie Teil einer Bewegung und einer Generation sind, die all das hinter sich gelassen hat und diese Einschränkung nicht länger hinnehmen wird. Man wird sich damit auseinandersetzen. Die Gallup-Umfragen zeigen dies. Deshalb möchte ich Sie dazu anregen, über die jüngeren Menschen von heute zu sprechen – Menschen bis 35 Jahre, die all dies auf eine neue und andere Art betrachten. Ist diese Wahl ein Ergebnis davon? Ist diese Wahl ein erster Schritt in Richtung einer weiteren Entwicklung, die bereits im Gange ist? Wie gehen Sie mit diesem Generationsunterschied um?

HP: Eine der Wählerbefragungen, die ich besonders faszinierend fand, ergab, dass die befragten Wähler im Alter von 18 bis 30 Jahren dreimal häufiger angaben, Sozialisten zu sein als Anhänger von MAGA. Und MAGA steht für die Republikanische Partei, nicht wahr? Das ist es, wozu die Republikanische Partei geworden ist. Der Sozialismus hingegen ist lediglich eine Strömung, die in diesem Land verzweifelt um den Zugang zu den Wahlen sowie um Anerkennung und politische Legitimität kämpft. Es ist kein Geheimnis, dass es ein massives Wiederaufleben des amerikanischen Sozialismus gegeben hat. Ich lese gerade das neue Buch über Eugene Debs von Shawn Gude, und eines der Dinge, die hinsichtlich der frühen amerikanischen sozialistischen Bewegung ganz klar werden, ist, dass sie vor hundert Jahren weitaus mehr gewählte Vertreter und eine weitaus stärkere politische Vertretung hatten als wir heute. Es befindet sich also noch in den Kinderschuhen. Der Sozialismus – ich meine, das neue Wiederaufleben des amerikanischen Sozialismus – befindet sich also noch in den Kinderschuhen. Ich würde daher nicht sagen, dass die Wahlsiege direkt den Sozialisten zu verdanken waren oder auf den Sozialismus zurückzuführen sind, sondern dass wir dieses Mal mit zahlreichen Amtsinhabern, die wir abgewählt haben, ein Zeichen gesetzt haben. Und zwar gemeinsam mit bekennenden Sozialisten sowie den demokratischen Sozialisten Amerikas. Das war also ein großer Sieg. Es gab so viele Diskussionen über die Tea-Party-

Bewegung, ich glaube, das war im Jahr 2010. Die Tea-Party-Bewegung ist eine künstlich inszenierte Bewegung. Sie wurde von den Koch-Brüdern unterstützt. Sie wurde komplett als Anti-Steuer- und Anti-Regierungs-Bewegung inszeniert, hat den Rest der Partei gewissermaßen in ihren Bann gezogen, und man könnte sagen, dass sie auch zu Trumps Sieg geführt hat. Zunächst mit der Niederlage, als Sarah Palin auf dem Wahlzettel stand – diese Kandidatur im Stil der Tea-Party-Bewegung – und dann mit Donald Trump, hat dies die Republikanische Partei offensichtlich verändert. Sie haben damals, wenn ich mich recht erinnere, zwei Amtsinhaber abgewählt, woraufhin endlos über diese gewaltige Bewegung gesprochen wurde. Wir haben mehr als fünf abgewählt. Und das haben wir nicht mit Hilfe von Milliardären aus dem Bankensektor geschafft. Wir haben das mit der Unterstützung der Menschen geschafft. Daher denke ich, dass es bei den innerparteilichen Auseinandersetzungen, die derzeit in der Demokratischen Partei stattfinden, definitiv einige Fraktionskämpfe gibt, bei denen es um einen echten Kampf für eine repräsentative Politik in der Demokratischen Partei geht, denn die Menschen haben einen enormen Hunger nach Veränderung. Und wir Sozialisten sind hier, um diese Veränderung herbeizuführen. Aus dieser Perspektive betrachtet war es also ein phänomenaler Erfolg, aber ich würde nicht zu viel in diese breite „blaue Welle“ hineininterpretieren. Ich glaube nicht, dass es sich hierbei um dogmatische Marxisten handelte, die beschlossen hatten, sich an der parlamentarischen Demokratie zu beteiligen oder Ähnliches; vielmehr waren es zahlreiche bekennende Sozialisten, die sich in Landkreisen im ganzen Land organisierten und enorme Erfolge erzielten, weil sie sich als diejenigen etabliert hatten, die sich gegen den Trumpismus auflehnten, während das Establishment der Demokratischen Partei als handlungsunfähig galt.

RW: Genau das ist der Punkt, zu dem ich Sie befragen wollte. Lassen Sie mich also darauf eingehen. Wenn man die Geschichte des Sozialismus und Kommunismus in Europa betrachtet, besteht die Ironie – oder die Dialektik, wenn Sie so wollen – darin, dass die schreckliche faschistische Ära – Hitler, Mussolini und all das – Europa in eine faschistische Phase stürzte und die Parteien der Kommunisten und Sozialisten die treibenden Kräfte waren, die dagegen kämpften. Als dann 1945 am Ende des Zweiten Weltkriegs die Niederlage eintrat, kam es zu einer massiven politischen Verschiebung nach links, und die sozialistischen Parteien in jedem Land Europas wurden, wenn nicht die Regierung, so doch die konkurrierende Opposition. Beziehen Sie sich auf so etwas? Gibt es nun eine Reaktion auf zehn Jahre Trumpismus – unterbrochen durch Biden, aber dennoch zehn Jahre dieser Rechtsbewegung –, und haben wir nun die neue Rolle übernommen, nämlich die derjenigen, die am härtesten dagegen gekämpft haben? Verstehe ich Sie richtig?

HP: Ja und nein, denn ich habe das Gefühl, dass es viel gibt, worüber man sich freuen kann. Doch unsere Arbeit ist noch nicht getan, es ist erst der Anfang. Und ich würde sagen, dass diese neue demokratische Partei weiterhin alles in ihrer Macht Stehende tun wird, um die derzeit stattfindende populistische Revolte zu vereinnahmen oder neu zu gestalten. Und daran arbeiten sie gerade unermüdlich. Es ist ja kein Geheimnis, dass Bernies Kandidatur im Jahr 2016 – dieser aufständische Vorstoß im Jahr 2016, der scheiterte – zwar als Niederlage in der Schlacht gewertet werden könnte, er aber letztendlich den Krieg gewonnen hat: Daraus ist eine blühende, massive Bewegung entstanden. Die Democratic Socialists of America zählen

mittlerweile mehr als 120.000 beitragszahlende Mitglieder. Sie ist derzeit die größte aktive sozialistische Organisation in der amerikanischen Geschichte. Und nun stellen wir im ganzen Land ausgewählte Vertreter auf. Einige unserer Großstädte – fast alle unserer Großstädte – werden mittlerweile von Personen regiert, die sich selbst als demokratische Sozialisten bezeichnen. Einige von ihnen sind Führungskräfte wie Zohran Mamdani oder Nithya Raman in Los Angeles, die gerade Karen Bass, eine weitere Amtsinhaberin, besiegt hat. Und auch Bürgermeister, die der DSA nahestehen, wie Brandon Johnson in Chicago, Washington, D.C., Providence, Rhode Island, sowie Ramirez. Es geschieht also im ganzen Land. Die Menschen wenden sich – insbesondere wenn es um die persönlichste Form der Kommunalpolitik geht – in diesen Führungspositionen ganz klar an Sozialisten, um Antworten zu finden. Doch einmal mehr hallt Bernies Rhetorik durch die gesamte Demokratische Partei wider. Es gab Personen wie Adam Hamilton, die Milliardäre, Konzerne und die Korruption in der Wirtschaft ganz eindeutig angegriffen haben. Personen wie Jon Ossoff. Dabei handelt es sich um eher gemäßigte, Mitte-rechts orientierte Kandidaten in Bundesstaaten wie Georgia, die dennoch aktiv dafür plädierten, dass wir etwas gegen das Oligopol der Konzerne, gegen die Oligarchie der Konzerne, unternehmen müssen. Das ist geschmackloser „Bernieismus“ aus der Zeit von 2016, der von jedem einzelnen gewählten Vertreter der Demokratischen Partei wiederholt wird. Doch nun, da die Demokraten gewonnen haben, nun, da wir diese deutlichen Mehrheiten sowohl im Senat als auch im Repräsentantenhaus errungen haben, wird es sehr darauf ankommen, was die Partei unternimmt. Und nach dem, was ich gesehen habe, trat Adam Hamilton aus Kansas in den Sonntags-Talkshows auf und erklärte sofort: „Wir können keine allgemeine Krankenversicherung für alle einführen. Ich bin nicht angetreten und habe nicht gewonnen, damit wir den Menschen ihre private Krankenversicherung wegnehmen können.“ Sie greifen also bereits zu ihren alten Tricks. Das sind einige der neuen Stars der Partei. Für jeden Abdul El-Sayed in Michigan gibt es also jemanden wie Adam Hamilton, der ganz offensichtlich lediglich die linkspopulistische Rhetorik aufrechterhält, aber gleichzeitig weiterhin Aetna, Blue Cross Blue Shield und zahlreiche Konzerninteressen vertritt – denn es gibt keinen anderen Grund, die Interessenvertretung und die populistische Dynamik hinter Medicare for all zugunsten einer anderen, gemäßigteren Politik, wie etwa der Ausweitung auf die öffentliche Option, zu untergraben.

RW: Wir sind jetzt in der Mitte unserer Sendung angelangt. Ich möchte Ihnen für Ihre Teilnahme danken. Wir werden in wenigen Sekunden mit der zweiten Hälfte des heutigen Interviews mit Hasan Piker zurück sein. Bevor wir zur zweiten Hälfte der heutigen Sendung übergehen, möchte ich Ihnen für Ihre äußerst großzügige Unterstützung unserer Spendenaktionen in diesem Jahr und insbesondere in den letzten Monaten danken. Unter anderem als Reaktion darauf verlängern wir die Verfügbarkeit unserer limitierten, mit Leinen bezogenen Hardcover-Ausgabe von Understanding Capitalism (Kapitalismus verstehen), dem von mir verfassten Buch, das wir bereits seit geraumer Zeit anbieten. Falls Sie Interesse haben: Ich werde Exemplare dieser gebundenen Ausgabe signieren, und diese werden Ihnen – wie bereits in den letzten Wochen – zur Verfügung stehen. Senden Sie uns einfach eine E-Mail an info@democracyatwork.info und geben Sie in der Betreffzeile „Limited Edition“ an. Wir senden Ihnen dann alle Informationen zu, die Sie benötigen, um Ihr signiertes Exemplar von Understanding Capitalism als Hardcover-Ausgabe zu bestellen und zu erhalten. Und

nochmals vielen Dank für Ihr freundliches Interesse an der Spendenaktion im Rahmen unserer Arbeit.

Lassen Sie mich Sie bitten, einen Blick in die Zukunft zu werfen, wobei ich erneut Europa als Beispiel heranziehe. Wie Sie sich vorstellen können, wurde ich in den letzten Tagen wiederholt von europäischen Sozialisten gefragt, wie man die jüngsten Ereignisse hier einordnen solle. Das ist für sie von großer Bedeutung, da die Vereinigten Staaten in ihrer lokalen Politik eine weitaus größere Rolle spielen als etwaige Ereignisse in Europa. Und sie möchten im Grunde eine Antwort auf folgende Frage: Welche Bedeutung hat die Tatsache, dass Sozialisten in Amerika sich ihrer Meinung nach so sehr auf Wahlen konzentrieren, anstatt die Menschen à la „Gelbwesten“ oder in anderen Formen solcher Aktionen auf die Straße zu bringen? Wo bleibt die direktdemokratische Politik in den Vereinigten Staaten im Rahmen des sozialistischen Wiederauflebens?

HP: Ich würde sagen, dass es definitiv auch auf den Straßen eine Revolte gibt. Sie ist bei weitem nicht so groß oder so umfangreich wie einige der Demonstrationen, die wir in Europa gesehen haben, sei es bei den Generalstreiks gegen Waffenlieferungen an Israel – dies war eine Woche großer Mobilisierung der italienischen Hafenarbeiter und Gewerkschaften im weiteren Sinne gegen die italienische Regierung, und sie war weitgehend erfolgreich, zumindest was die Organisation einer großen Demonstration angeht. Wir haben die Studentenproteste in Frankreich gesehen. Es gab ähnliche große Bewegungen und Mobilisierungen im Land, doch leider haben einige von ihnen einen eher liberalen Anstrich angenommen. Die „No Kings“-Proteste und Proteste dieser Art, denke ich. Und ich habe an diesen Protesten teilgenommen, ich bin zu diesen Protesten gegangen. Tatsächlich ist es sehr ermutigend zu sehen, dass einige dieser älteren Menschen, lebenslange Liberale, tatsächlich Kritik an der Parteiführung üben. Denn eines der Dinge, die man bei diesen Protesten wirklich beobachtet, ist, dass nicht viele junge Menschen teilnehmen, sondern viele ältere Menschen – weiße Menschen mit Hochschulabschluss, die innerhalb der Partei als eher konservative Wähler gelten. Das sind sie jedoch nicht. Sie stehen fast durchweg hinter Bernie, und ihre Haltung hat sich dramatisch gewandelt. Es besteht also durchaus Potenzial, doch leider handelt es sich insgesamt um eine sehr liberale Protestbewegung, die keine konkreten Forderungen nach wirklich erkennbaren Veränderungen stellt, wie sie Sozialisten erwarten.

Allerdings waren echte Mobilisierungen, beispielsweise einige dezentralere Bewegungen wie die Anti-ICE-Mobilisierungen, die landesweit stattfanden, weitgehend wirksam, sehr umfangreich und sehr gut organisiert. Ich war bei dem eintägigen Streik dabei – wenn man es so nennen will –, es handelte sich um einen Generalstreik, der in Minneapolis stattfand, und ich würde sagen, dass die Mobilisierung in Minneapolis die Agenda der Trump-Regierung, die ICE als Besatzungsmacht in amerikanischen Städten einzusetzen, effektiv zunichte gemacht hat. Die Gegenreaktion darauf zwang die Regierung zum Rückzug. Es gab also echte Mobilisierungen. Sie sind themenspezifisch. Oftmals beziehen sie sich auf innenpolitische Angelegenheiten, aber es stimmt, dass es beispielsweise keine großen Mobilisierungen gegen den Iran-Krieg gegeben hat, wie wir sie anfangs beim Irak-Krieg

erlebt haben. Und ich denke, dafür gibt es mehrere Gründe. Es herrscht große Apathie. Die amerikanische Außenpolitik wird bewusst von der Innenpolitik getrennt, sodass die Menschen eine kriegsfeindliche Haltung einnehmen, ohne zu erkennen, dass ihre Stimmen dennoch zu endlosen Kriegen und endloser Ausbeutung in der Dritten Welt beitragen. Und ich glaube, dass diese Trennung mit ein Grund dafür ist, warum den Menschen nicht bewusst wird, dass sie sich gegen den Iran-Krieg mobilisieren sollten. Und schließlich, aber nicht zuletzt, herrscht natürlich große Angst: Unter einer demokratischen Regierung wurden 3.500 Studierende und Professoren verhaftet, weil sie sich gegen den Völkermord im Gazastreifen mobilisierten. Und ich glaube, dass dieses Ausmaß an Überwachung und Bestrafung durch Institutionen wie Hochschulen – die eigentlich den Auftrag hatten, diese Studierenden zu schützen, ihnen aber geradezu feindlich gegenüberstanden, weil sie ihre im Unterricht erworbenen Kenntnisse auf die reale Welt anwendeten –, meiner Meinung nach viel Frustration und Apathie hervorgerufen hat und dass dies ein Grund dafür ist, warum wir bisher nicht so viel Bewegung in Bezug auf die Entwicklung einer Antikriegsprotestbewegung gesehen haben.

RW: Die Personen, die sich an mich gewandt haben, wiesen – ebenso wie Sie – auf Minneapolis hin; dies wurde zumindest in vielen Teilen Europas genau als das verstanden, worüber sie sich Gedanken machten. Warum geschieht so etwas nicht öfter? Das war nicht nur in genau der von Ihnen beschriebenen Weise so erfolgreich, sondern bot auch vielen verschiedenen Gruppen – der Arbeiterschaft, den Studierenden und den Einwanderergemeinschaften – die Gelegenheit, sich zusammenzuschließen, und veranlasste sie dann, mich zu fragen, wie es möglich war, dass die von Schumer / Jeffries geführte Demokratische Partei nie etwas unternommen hat – zumindest nichts, von dem jemand wusste –, um öffentliche Maßnahmen gegen einen Krieg anzuregen, bei dem man doch wusste, dass die Mehrheit der Bevölkerung ohnehin auf derselben Seite stand. Lassen Sie es mich so formulieren: Sind sie in dieser Hinsicht immer noch mächtig genug, um die Sozialisten innerhalb der Demokratischen Partei in Schach zu halten?

HP: Auf jeden Fall. Oh, absolut. Und das werden sie auch tun. Und es sind nicht einmal nur die Sozialisten, sondern der Volkswille, gegen den sie sich generell stellen. Denn ich würde sagen, dass die meisten Amerikaner, die sich sogar selbst als Sozialisten bezeichnen, noch nicht über die entsprechende politische Bildung verfügen. Hoffentlich wird sich das ändern, aber allgemein gesprochen denke ich, dass viele amerikanische Sozialisten heute Bernie Sanders schätzen, sie mögen Zohran und diese Abgeordneten, diese Politiker – wofür setzen sie sich ein? Sie setzen sich für eine nominelle Sozialdemokratie ein. Für einen Ausbau des Sozialstaats, eine Stärkung der sozialen Absicherung und eine insgesamt bessere Regierungsführung – was in dieser Phase in Ordnung ist. Vorläufig ist dies angesichts der materiellen Realitäten, der Funktionsweise der Massenpolitik in diesem Land und der allgemeinen Ablehnung gegenüber dem, was die Menschen historisch als Sozialismus und Kommunismus wahrgenommen haben – jene beängstigenden Begriffe, die eine Folge des sogenannten Roten Schreckens sind –, angemessen. Wir haben also alle Hände voll zu tun. Doch auch darüber hinaus gibt es viele, die sich selbst als Liberale bezeichnen und die ebenfalls weiterhin erwarten, dass die Demokratische Partei sich gegen den Trumpismus

wehrt, gegen die Korruption, gegen die Gewalt und das Chaos, das diese Regierung verursacht hat. Und doch wird es meiner Meinung nach den Menschen erneut eine ziemlich wichtige Lektion erteilen, wenn wir weiterhin mit Chuck Schumer als Mehrheitsführer im Senat und mit Hakeem Jeffries – der, wenn wir ehrlich sind, derzeit unbeirrbar zu sein scheint – als Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus weitermachen, und zwar weil die Demokratische Partei nicht auf ihre Forderungen eingeht. Es gibt eine Petition auf change.org, die veröffentlicht wurde. 1 Million Unterschriften an einem Tag: „Ersetzt Hakeem Jeffries, ersetzt Chuck Schumer. Wir brauchen eine bessere Führung.“ Eine vollkommen berechtigte Forderung, eine absolut berechtigte Forderung. Es ist eine Forderung, für die sich Menschen unterschiedlichster Hintergründe einsetzen, nicht nur junge Menschen an Hochschulen, Progressive und Sozialisten. Auch ältere Demokraten wollen dies, wissen Sie. Das letzte Mal, als ich so etwas erlebt habe, wurden Forderungen laut, Joe Biden abzulösen. Doch ich glaube nicht, dass Hakeem Jeffries abgelöst wird; Chuck Schumer befindet sich vielleicht insgesamt in einer schwächeren Position. Aber ich glaube nicht, dass Hakeem Jeffries abgelöst wird, obwohl er völlig im Widerspruch zu den Forderungen der gesamten Unterstützerbasis der Partei steht.

HP: Israel ist zum Beispiel ein 90/10-Thema. Nur 10 % wollen die Mittel für Israel erhöhen oder das derzeitige Finanzierungsniveau für Israel beibehalten. 90 % der Demokraten geben an, dass sie alle Mittel für Israel entweder kürzen oder gänzlich einstellen wollen. Und dennoch ist Hakeem Jeffries einer der größten Empfänger von AIPAC-Spenden im ganzen Land. Liegt das nun daran, dass die Israel-Lobby einen Schwarzen Sprecher im Repräsentantenhaus wirklich schätzt? Nein, sie tun dies nicht aus Gründen der politischen Repräsentation. Sie tun dies nicht, weil sie Hakeem Jeffries für einen kompetenten Führer halten – oder vielleicht ist er ja ein kompetenter Führer in dem Sinne, wie es sich die AIPAC wünscht: kompetent in dem Sinne, dass er seiner linken Flanke gegenüber geradezu feindselig eingestellt ist. Er wurde von Nancy Pelosi für diese Position aufgebaut. Und er steht Medicare for All – einer der beliebtesten innenpolitischen Maßnahmen, die nicht nur in der Partei, sondern auch parteiübergreifend Anklang findet – vollkommen feindselig gegenüber; allgemein gesprochen wünschen sich dies die Unabhängigen, und auch viele Republikaner befürworten dies. Dasselbe gilt für die Israel-Frage und für den Antimilitarismus insgesamt. Und dennoch interessiert sich Hakeem Jeffries für nichts davon. Ich glaube daher, dass wir unter der Führung von Hakeem Jeffries – und vielleicht sogar zusammen mit Chuck Schumer – zu einem Muster der „gesteuerten Demokratie“ zurückkehren werden, in dem die Menschen von ihrer Partei und ihrer Führung eine bessere Vertretung fordern. Sie fordern einen Kampf, doch dieser Kampf wird nicht stattfinden. Und ich befürchte, dass dies erneut zu einer enormen Apathie führen wird.

RW: Eine andere Art, Ihnen dieselbe Frage zu stellen – und ich möchte nicht, dass Sie sich wiederholen, aber offensichtlich gibt es Überschneidungen: Wie reagieren Sie auf die Bemerkung, dass es bei dieser Abstimmung eher um die Äußerung von Unzufriedenheit mit der Funktionsweise des Kapitalismus in Amerika ging als um die Befürwortung einer sozialistischen Lösung, was auch immer das genau bedeuten mag? Mit anderen Worten: Es ist eine andere Formulierung Ihres Arguments, dass wir uns in einem frühen Stadium der

Entwicklung des Sozialismus befinden und dass – ich glaube, Sie haben die Worte verwendet – viel mehr politische oder analytische Aufmerksamkeit darauf gerichtet werden muss, was uns wirklich auszeichnet; andernfalls werden wir zu einem Vorschlag, der lediglich auf mehr oder bessere staatliche Eingriffe abzielt, und das würde uns angesichts der amerikanischen Geschichte sehr verwundbar machen.

HP: Ja, wir dürfen nicht so denken, dass Sozialismus bedeutet, dass der Staat etwas unternimmt, und je mehr der Staat unternimmt, desto mehr Sozialismus haben wir…Das ist ein großes Problem. Die bürgerliche Demokratie hat offensichtlich ihre Grenzen, und insbesondere, wie wir bei Zohran gesehen haben: Wenn man eine Führungsposition innehat, ist es enorm schwierig, mit den Fraktionsstreitigkeiten und den verschiedenen, sehr mächtigen Koalitionen umzugehen, die ständig Ihre Aufmerksamkeit einfordern und verlangen, dass ihre Bedürfnisse erfüllt werden – oft stehen diese Bedürfnisse im Widerspruch zu den Bedürfnissen der Massen, die Sie gewählt haben, nicht wahr? Den Immobilienentwicklern liegt nicht daran, eine gerechte und ausgewogene Lösung für die Wohnungskrise zu finden. Würde man den Durchschnittsbürger fragen: „Sollten wir staatlichen Wohnraum oder kostenlosen Wohnraum haben?“, würde er meiner Meinung nach in den meisten Fällen antworten: „Das klingt für mich gut.“ Nicht wahr? Sie haben in diesem Streit kein persönliches Interesse. Unterdessen werden Immobilienentwickler diese Diskussion zunichte machen. Das wird niemals geschehen, weil sie unglaublich mächtig sind und die Verfügbarkeit von Wohnraum weiterhin einschränken wollen, um mehr Geld zu verdienen. Und genau nach demselben Prinzip verfahren natürlich auch viele verschiedene Interessenverbände und Denkfabriken, die auf Geheiß der Supergewinne der Konzerne auf allen Ebenen Lobbyarbeit bei der Regierung betreiben.

Wie Sie bereits sagten, ist es eine schwierige Aufgabe, aber ich denke, die Lösung dafür besteht darin, sich konsequent zu mobilisieren, das Klassenbewusstsein weiter zu stärken und einige dieser Menschen, die auf die verschärften Widersprüche reagieren, in Organisationen einzubinden – seien es radikalere Gewerkschaften, die bereit sind, bei Bedarf militante Arbeitskämpfe zu führen, die über einfache Streiks für bessere Verträge hinausgehen und sogar auf bedeutungsvollere Weise aus politischen Gründen streiken. Das ist etwas, was unsere europäischen Kollegen ständig betreiben, was in einigen Bundesstaaten dieses Landes jedoch schlichtweg illegal ist. Das ist also etwas, woran wir arbeiten müssen, denn es ist wie ein Muskel. Man muss immer weiter trainieren, man muss immer weiter trainieren und man muss das Selbstvertrauen der Arbeiterbewegung und der breiteren sozialistischen Bewegung insgesamt durch fleißige Organisierungsarbeit und konsequente Agitation weiter stärken – und genau das versuche ich zu tun.

RW: Wir sind am Ende der heutigen Sendung angelangt, doch glücklicherweise werden wir dies in unserem Segment „One Last Point“ fortsetzen, das Sie unter democracyatwork.substack.com finden können. Dort liegt der Beitrag zwar hinter einer Bezahlschranke, steht Ihnen aber als weiterer Vorteil unseres Gesprächs mit Hasan Piker zur Verfügung. Und wie immer freue ich mich darauf, nächste Woche wieder mit Ihnen zu sprechen.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:	**PAYPAL:**	**PATREON:**	**BETTERPLACE:**
Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	E-Mail: PayPal@acTVism.org	https://www.patreon.com/acTVism	Link: Klicken Sie hier

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.
Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

---